

Neue Mehrheit im Landtag für Studiengebühren



Die bittere Wahrheit ist: **Der Linken fehlt 0,1 %** für den Einzug in den Landtag NRW. Somit besitzen die **CDU** (72 Sitze) und die **FDP** (28 Sitze) mit 100 von insgesamt 199 Sitzen eine **Mehrheit im Landtag**

Was bedeutet diese Mehrheit konkret am Beispiel „Studiengebühren“?

Die Proteste von tausenden Menschen im Jahre 2002 hatten mit der tatkräftigen Unterstützung der LINKEN.NRW 2010 in der Abschaffung der Studiengebühren gemündet.* Dies beweist, dass Politik trotz fehlender Sitze im Landtag mit euch und mit der LINKEN mitgestaltet werden kann und muss.

Im Wahlkampf 2017 sprach sich FDP-Politiker Witzel im WDR deutlich für die Wiedereinführung der Studiengebühren aus. Laschet (CDU) unterließ zwar im Wahlkampf von der „Einführung der Studiengebühren“ zu sprechen, aber bis Dezember 2016 äußerte sich Laschet in der Rheinischen Post eindeutig auf FDP-Kurs.

Denn auf die Frage: „Würden Sie Studiengebühren wieder einführen?“ antwortete Laschet: „In der alten Form sind Studiengebühren kein Thema. Aber ich halte es für ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, mindestens über Modelle nachzudenken, wie wir diejenigen finanziell an der akademischen Ausbildung beteiligen, die später nachweislich mehr verdienen. Das Pfleger für ihre Ausbildung zahlen und Ärzte nicht, ist schräg.“

Den Schluss, dass Pflegekräfte ebenfalls NICHT für ihre Ausbildung zahlen sollten, übersieht Laschet wohl.

Es bleibt abzuwarten, wie schnell die absehbaren Konsequenzen folgen.

Eines sollten wir jedenfalls nicht tun: Hoffen, dass es besser wird. Denn wer etwas verändern will, muss auch etwas dafür tun! Zeigt Stärke!

Malin Becker

*** Übersicht über die Entwicklung der Studiengebühren in NRW**

im Jahr regierende Parteien im Landtag Beschlüsse

2002 SPD & Grüne Entscheidung über Gebühren für Langzeitstudierende von 650€ pro Semester

ab dem **Sommersemester 2004** SPD & Grüne unter der Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft In Kraft treten der Langzeitstudiengebühren

ab dem **Sommersemester 2005** CDU & FDP auf Verlangen der Hochschulen: Strafgebühr von 500€ pro Semester für Langzeitstudierende

2007 CDU & FDP Einführung der Studiengebühren von 500€ pro Semester

2010 SPD & Grüne mit Unterstützung der LINKEN Abschaffung der Studiengebühren

2017 CDU & FDP Wahlversprechen: Wiedereinführung der Studiengebühren